

Schuldenbremse – endlich ausbremsen

Die Kreisdelegiertenversammlung in Charlottenburg-Wilmersdorf (CW) möge beschließen:

Der SPD-Landesparteitag in Berlin möge beschließen:

Der SPD-Bundesparteitag möge beschließen:

Die Senatoren und Abgeordneten der SPD sowie die Bundestagsabgeordneten und SPD-Minister*innen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Schuldenbremse für die Bundesregierung und die Bundesländer schnellstmöglich aufgehoben wird.

Die Schuldenbremse von 2010 engt die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung, besonders aber der Länder extrem ein. Mit Blick auf die Investitionsrückstände bei der Infrastruktur, der konjunkturellen Abkühlung, besonders aber auf den Klimawandel und die Klimaanpassung ist die Schuldenbremse deshalb nicht mehr zeitgemäß und muss abgeschafft werden. Besonders in den Ländern erhöht die Schuldenbremse den (Re)Privatisierungsdruck auf öffentliche Leistungen.

Begründung:

Die Schuldenbremse würde nach aktuellem Stand für den Bund eine Neuverschuldung von unter 10 Mrd. Euro für 2020 zulassen, während den Ländern eine Neuverschuldung ab 2020 verboten ist.